



Compatibilité climatique

Basellandschaftliche Pensionskasse blpk

Charakterisierung

Die blpk ist mit ihrem Anlagevolumen (Ende 2021) von rund 11,5 Mia. CHF ungefähr auf Rang 26 der Pensionskassen der Schweiz.

Nachhaltigkeits-/ESG-Politik

Die blpk bekennt sich seit Mitte 2019 zu einer nachhaltigen Anlagepolitik. Sie hat umfassende Grundsätze zur Berücksichtigung der ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance) veröffentlicht.

Sie ist Mitglied des Schweizerischen Vereins für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen (SVVK), der sich zum Einbezug von ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance) bekennt.

Die blpk schliesst via Anwendung der SVVK-Ausschlussempfehlungen einige wenige Produzenten von Atomwaffen, Antipersonenminen und Streumunition aus.

Gemäss Geschäftsbericht 2018 hatte die blpk bereits zweimal eine Nachhaltigkeitsanalyse ihrer Anlagen durchführen lassen, um eine Grundlage für die weitere Definition von ESG-Kriterien zu haben.

Gemäss einer Stellungnahme der blpk auf Anfrage der Klima-Allianz (April 2020) sowie auch dem Geschäftsbericht 2019 hatte eine Marktstudie in ihrem Auftrag noch keine Klarheit erbracht über die einzuschlagende Linie zu mehr Nachhaltigkeit in der Anlagepolitik. ESG-Kriterien würden zwar eine Orientierung bieten, seien allerdings sehr heterogen und oft nicht unter einen Hut zu bringen. Aus diesem Grund gebe die blpk ihren Asset Managern derzeit keine konkreten Massnahmen vor. Hingegen zeige das Ergebnis einer Umfrage aus dem Jahr 2019 bei den von der blpk eingesetzten Vermögensverwaltern, dass über 95% die UN Principles for Responsible Investment (UN-PRI) bereits unterzeichnet haben, und die

Nachhaltigkeitsthematik in den Anlageprozessen schon integriert werde. Zudem halte die blpk die Asset Manager dazu an, neben finanziellen Kennzahlen auch ein ESG-Reporting zu liefern. Weiterhin habe eine Ist-Analyse der Wertschriftenanlagen durch einen Dienstleister ergeben, dass 70% des Anlageportfolios einer der drei Bewertungsklassen „Am Nachhaltigsten“, „Überdurchschnittlich“ und „Durchschnittlich“ zugeordnet werden konnten, während der Rest von 30% in die Klassen „Unterdurchschnittlich“ und „Am wenigsten nachhaltig“ fiel.

Aus dem Geschäftsbericht 2021 ging hervor, dass die Kapitalanlagen der blpk (vor allem Aktien und Obligationen) aufgrund ihrer getätigten Messungen durch yourSRI sowohl einen besseren „ESG Quality Score“ aufweisen als auch die ihre CO₂eq-Intensität wesentlich besser ist als der Weltmarktbenchmark (s.unten).

Mit dem ersten Nachhaltigkeitsbericht 2021/2022 vom Dezember 2022 erweiterte die blpk nunmehr ihr Reporting im Geschäftsbericht 2021 um detailliertere Angaben (s. unten).

Berücksichtigung der Klimarisiken als Teil der ESG-Politik, Beachtung des Rechtsgutachtens NKE

Die Berücksichtigung von Klimarisiken im Anlageprozess ist gemäss dem Rechtsgutachten von NKE Teil der Sorgfaltspflicht.

Seit dem Geschäftsbericht 2021 und dem Nachhaltigkeitsbericht 2021/2022 sowie aufgrund ihren getätigten Dekarbonisierungsmassnahmen (s. unten) geht hervor, dass die blpk die Klimarisiken berücksichtigt.

Getätigte Schritte der Dekarbonisierung des Portfolios

Aktien und Obligationen

Im Rahmen des Geschäftsberichts 2020 informierte die blpk, ihre aufgrund der Beteiligung am BAFU Klimaverträglichkeitstest 2020 (PACTA 2020) ermittelte Exposition zu den PACTA-abgedeckten klimakritischen Industriesektoren sei deutlich kleiner als die Vergleichsgruppe. Zudem habe ein beauftragter unabhängiger Berater die Aktien- und Obligationen-Portfolios einem Screening auf Basis der Tools und Kriterien von MSCI ESG Research unterzogen mit dem Resultat einer Gesamtwertung "A", was leicht besser ist als die Vergleichsgruppe von Schweizer Pensionskassen, und beim Thema Klimawandel schneide die blpk ebenfalls besser ab als diese Referenzgruppe.

Aus dem Geschäftsbericht 2021 ging hervor, dass die Aktien und Obligationen (Unternehmensobligationen und Staatsobligationen), gemessen durch yourSRI, eine substanziiell geringere CO₂eq-Intensität aufwiesen als der entsprechend gewichtete Benchmark der blpk – der allerdings nicht identifiziert wurde. Mit dem Nachhaltigkeitsbericht 2021/2022 hatte die blpk den für die besagte Messung verwendeten eigenen, im Anlageglement identifizierten Benchmark nun wie folgt ausgewiesen: 10% Schweizer Obligationen (Inland), 44% Obligationen Global (Unternehmens – und Staatsobligationen), 14% Aktien Schweiz, 28% Aktien Welt, 4% Aktien Schwellenländer (Stand Ende 2021).

Die aktuelle Nachhaltigkeitspräsentation Kapitalanlagen und der Nachhaltigkeitsbericht 2022/2023 mit Nachhaltigkeits-Kennzahlen 2022/2023 informieren über folgendes:

- Seit März 2023 schliesst die blpk neben Waffen und anderen üblichen Negativlistungen die Unternehmen der Kohleförderung und Kohleverstromung (über 5% des Umsatzes) und der unkonventionellen Förderung von Erdöl- und Fossilgas (wie Fracking, Schieferöl- und -gas, über 10% des Umsatzes) aus.
- Ebenfalls seit März 2023 bestehen Kriterien, wonach bestimmte Unternehmen der Erdöl- und Fossilgas-Produktion ausgeschlossen werden, die auf der blpk-eigenen Laggards-Liste sind.
- Die aktuelle Liste der über 600 ausgeschlossenen Firmen ist auf der Website publiziert.
- Die CO₂-Intensität in t CO₂/Mio. Umsatz (Scope 1 und Scope 2) der Aktien und Obligationen ist per Ende 2022 um rund ein Fünftel tiefer als der erwähnte Marktbenchmark.
- Die absoluten CO₂-Emissionen (in Tonnen; Scope 1, Scope 2 sowie Scope 3 der Lieferkette) der Aktien und Unternehmensobligationen sind per Ende 2022 um etwas weniger als ein Zehntel tiefer als der erwähnte Marktbenchmark.

Impact Investing

Gemäss Nachhaltigkeitsbericht 2021/2022 investierte die blpk neu auch im Rahmen der Anlagekategorie Infrastruktur rund 100 Mio. CHF, entsprechend einem Impact Investment von etwa 0.9% der Aktiven, in erneuerbare Energien (Wasser-, Wind- und Solarkraftwerke) sowie in nachhaltige Transportlösungen (Güterverkehr auf Schienen).

Der Nachhaltigkeitsbericht 2022/2023 informiert, dass das Volumen dieses Impact Investments auf rund 120 Mio. CHF angestiegen ist, entsprechend etwa 1% der Aktiven.

Mitgliedschaft in Vereinigungen für Nachhaltigkeit

Seit Februar 2022 ist die blpk Mitglied von Swiss Sustainable Finance.

Klimawirksames Engagement und Stimmrechtsausübung im In- und Ausland

Klimarelevant sind insbesondere die Unternehmen der fossilen Energien, die Schweizer Banken, welche den ungebremsten Ausbau der Förderung von fossilen Energieträgern finanzieren, sowie Grossfirmen mit hohem CO₂-Fussabdruck.

Engagement

Als Mitglied des SVVK ist die blpk am gemeinsamen Dialog mit den investierten Unternehmen beteiligt.

Dem SVVK-Aktivitätsreport 2019 war zu entnehmen, dass sich Einsatz und Wirksamkeit des an den Dienstleister Sustainalytics delegierten ESG- und Klima-Engagements bei relevanten globalen Firmen gegenüber dem Vorjahr verbessert hat. Die dem SVVK zur gemeinsamen Ausübung des Engagements angeschlossenen Pensionskassen hatten im Laufe 2018 und 2019 bei 12 globalen Unternehmen spezifische Ziele des Engagements vorgebracht. Diese Ziele in den Bereichen Korruption, Umweltschäden, Menschenrechte, Arbeitsrechte und Arbeitssicherheit wurden gemäss SVVK erreicht und abgeschlossen.

Weiterhin aktiv waren Engagementprozesse bei einer grossen Zahl von Unternehmen aller Kontinente. Der SVVK präzisiert entsprechende Informationen im Engagementbericht 2019 gegenüber der Klima-Allianz (April 2020) wie folgt. Im Jahre 2019 waren 76 Engagements im Gange, grösstenteils in den Bereichen Umwelt (34 Fälle), Arbeitsrechte (20 Fälle) und Menschenrechte (16 Fälle).

Wie nun der SVVK-Engagementbericht 2020-2022 zeigt, ist das Volumen stark angewachsen. Per Ende 2021 waren 164 Engagementprozesse im Gange und 17 Engagements konnten erfolgreich abgeschlossen werden, während per Ende 2021 aufgrund ausbleibender Zielerfüllung die Zahl der Firmen auf der SVVK-Ausschlussliste um 9 auf 31 angestiegen ist.

Im Klimabereich hatte der SVVK zusammen mit Sustainalytics ab 2018 einen Dialog mit 20 führenden, globalen Stahl- und Zementproduzenten angestossen, die einen Anteil von rund 13% an den globalen CO₂-Emissionen verantworten, um die Klimatransition zu thematisieren. Dabei forderte der SVVK in erster Linie von diesen Unternehmen die Messung und Publikation von Klimarisiken gemäss den Empfehlungen der Task Force on Climate-related Financial Disclosures der G20 (TCFD). Weitere Forderungen waren wissenschaftlich-fundierte CO₂ Ziele, konkrete Massnahmen und Überwachung der Fortschritte, sowie eine Klimapolitik und konsistente Haltung gegenüber ihren Verbänden bezüglich deren Lobbying-Aktivitäten.

Gemäss dem neuen SVVK-Report Klima und Engagement – Strategie und Aktivitäten 2018-2021+ vom September 2021 war die 4 Jahren dauernde Aktivität im Sektor der Stahl- und Zementproduzenten erfolgreich insoweit, als sich die 20 anvisierten Unternehmen um 30% in Bezug auf die gesetzten Ziele in fünf Fokusbereichen Offenlegung, Netto-Null Ziel, Innovation, Physische Risiken und Wasserrisiken verbessert haben. Insbesondere hat sich die Hälfte auf die Berichterstattung gemäss den TCFD-Empfehlungen verpflichtet, und 18 der 20 Unternehmen setzten sich Ziele der Reduktion ihrer CO₂-Emissionen bis 2030 – allerdings sind keine quantifizierte Verminderungszahlen ersichtlich.

Wiederum gemäss dem Report 2018-2021+ wurde der SVVK im Namen seiner Mitglieder nunmehr aktiver Mitbeteiligter der von Investoren geleiteten globalen Engagement-Initiative Climate Action 100+, welche die 167 grössten Treibhausgasemittenten mit 80% der globalen CO₂eq-Emissionen anvisiert. Wichtige Handlungssachse der Initiative ist: “An important component of company commitments on climate change is the formation of comprehensive business strategies that fully align with the goals of the Paris Agreement and reaching net-zero emissions by 2050 or sooner”. Die im SVVK gebündelten Pensionskassen wollen sich mit dem SVVK als

“Participant” im Rahmen einer Arbeitsteilung mit einer eigenen Vertretung in den Unternehmensdialog mit vereinbarten Unternehmen einbringen, Zielvorgaben und Massnahmen zur Zielerreichung besprechen und den Fortschritt rapportieren. Wie die Progress Reports der Climate Action 100+ zeigen, sind erste Fortschritte bei mehreren Unternehmen erkennbar. Der Prozess, die Engagement-Arten und -Tools, inhaltliche Forderungen, Meilensteine und Fortschrittmessung sind transparent festgelegt. Inhaltliche Forderungen sind die Integration eine Klima-orientierten Governanz in das Business-Managementssystem der Unternehmen (einschliesslich der Ausrichtung des Lobbyings auf die Unterstützung einer klimapositiven Politik), die Offenlegung der Klimarisiken gemäss den Empfehlungen der Task Force on Climate-related Financial Disclosures der G20 (TCFD) und die Festlegung eines Dekarbonisierungspfad über die gesamte Wertschöpfungskette, der in Linie mit dem Klimaziel von 2°C des Pariser Klimaabkommens ist.

Konkret will der SVVK via den gewählten Dienstleister BMO Asset Management insgesamt 20 grosse Produzenten fossiler Energien und Stromversorger ansprechen.

Mit einer Mitteilung an die Klima-Allianz (November 2021) präzierte der SVVK, im Rahmen der Climate Action 100+ würden 11 Unternehmen der Förderung fossiler Brennstoffe und Stromversorger anvisiert. Damit seien die grössten Firmen im Fokus. Der SVVK will aber ergänzend dazu Einfluss nehmen, indem mit weiteren neun Unternehmen der Produktion fossiler Energieträger und Stromversorger der Dialog gesucht wird.

Gemäss dem Report Klima und Engagement 2018-2021+ sollte zusätzlich der Dialog mit sieben klimarelevanten Schweizer Unternehmen der allgemeinen Wirtschaft geführt werden. Mit der erwähnten Mitteilung an die Klima-Allianz präziert der SVVK, es sollten damit ebenfalls andere als die bereits durch Climate Action 100+ abgedeckten Firmen Nestlé und Holcim anvisiert werden.

Stimmrechte

Gemäss Nachhaltigkeitsbericht 2021/2022 wollte die blpk im Laufe 2023 die Stimmrechte nicht nur in der Schweiz, sondern auch im Ausland wahrnehmen. Die Ausübung dieser Stimmrechte wollte sie an die UBS Fund Management (Switzerland) AG delegieren. Sie ist die Fondsleitung ihres Einanlegerfonds “blpk Institutional Fund – Aktien Welt”. UBS Fund Management (Switzerland)

AG wendet dabei das eigene Stimmrechtsreglement an. Dieses beinhaltet ESG-Aspekte, die die BLPK ebenfalls teilt. Der Nachhaltigkeitsbericht 2022/2023 informiert, dass dies so eingeführt wurde.

Messung des CO₂-Fussabdrucks oder des finanziellen Klimarisikos mit Szenarioanalyse

Mit der erwähnten Stellungnahme vom April 2020 an die Klima-Allianz informierte die BLPK über eine erste CO₂-Analyse, deren Resultat jedoch noch wenig aussagekräftig war. Im Rahmen des Geschäftsberichts 2020 kommunizierte die BLPK die Erkenntnisse ihrer Beteiligung am BAFU Klimaverträglichkeitstest 2020 (PACTA 2020). Ihr finanzielles Engagement in den klimakritischen Industriesektoren Energie, fossile Brennstoffe und Automobil, gemessen als CO₂-Intensität, sei deutlich kleiner als die Vergleichsgruppe.

Mit der Analyse im Nachhaltigkeitsbericht 2022/2023 stehen umfassende CO₂- und Klima-Daten gemäss Swiss Climate Scores zur Verfügung. Insbesondere hat die BLPK auch erstmalig den "Implied Temperature Rise" ihrer Aktien und Unternehmensobligationen (Ausland und – komparativ wenig CO₂-intensive – Schweiz) per Ende 2022 auf 2.2°C bestimmt, gemessen durch Picard und Angst auf der Basis von MSCI-Datensätzen.

Planung weitergehender Massnahmen zur Dekarbonisierung auf Portfolioebene

Mit der neuen Klimastrategie und mit dem Nachhaltigkeitsbericht 2022/2023 gibt die BLPK den Willen kund, auf dem Weg der Dekarbonisierung fortzuschreiten.

Schlussfolgerung:

Nachhaltige und klimaverträgliche Pensionskasse:

- Nachhaltigkeitspolitik auf der Basis von ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance) und der Ermittlung von CO₂-Intensitätsdaten vorhanden.
- Ausschluss von Unternehmen der Kohle-Förderung und – Elektrizität, der Förderung von Fracking- und Schieferöl- und -gas, sowie von bestimmten Laggards unter den Erdöl- und Fossilgas-Firmen.
- Die Dekarbonisierungsleistungen aufgrund der vertieften ESG- und Klima-Integration auf den Aktien und Obligationen (Unternehmensobligationen und Staatsobligationen) zeigen eine um rund ein

- Fünftel geringere CO₂eq-Intensität auf als der Customized Benchmark.
- Merkliches Green Impact Investment von rund 1% der Aktiven in erneuerbare Energien und Schienenverkehr.
- Wirksame Active Ownership im Rahmen des SVVK, der das Engagement grosser Pensionskassen via Climate Action 100+ bündelt.



Tendenz 2020-2024:

Bewertung: sehr viel besser

Kommentar Klima-Allianz

- Dank der praktizierten ESG- und Klima-Integration auf den der Aktien und Obligationen in Kombination mit der Active Ownership via SVVK und mit ihrem beginnenden Green Impact Investment ist die BLPK mit ihren Wertschriften auf einem Pfad, der nach heutigem Stand als in Linie mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens eingestuft werden kann – max. 1.5°C bis 2050.
- Die konkreten Massnahmen zur Dekarbonisierung der Aktien und Obligationen lassen den faktisch eingeschlagenen Pfad der BLPK einermassen im Einklang erscheinen mit den aktuell fortgeschrittensten Bestimmungen des Target Setting Protocol der UN convened Net Zero Asset Owners Alliance.
- Damit das Ziel, die Klimaerwärmung auf 1, 5°C zu begrenzen, so schnell wie möglich eingehalten werden kann, ist bis 2030 eine Reduzierung um mindestens 49%, besser noch 65%, gegenüber 2020 erforderlich, sowie die Festlegung des Ziels Netto Null finanzierte Treibhausgasemissionen spätestens 2050.
- Entsprechend ist die Festlegung eines Zwischenzieles 2030 sowie des Netto Null Ziels spätestens 2050 noch ausstehend; die bereits erzielten Erfolge lassen einen Dekarbonisierungspfad 2050 für die Aktien und die Obligationen in Linie mit dem Target Setting Protocol der UN convened Net Zero Asset Owners Alliance als gut machbar erscheinen.
- Gemäss dem Target Setting Protocol der UN convened Net Zero Asset Owners Alliance ist ebenfalls das weitere Hochfahren des "Impact Investing" (Climate Solution Investment/Financing Transition Investments) empfohlen.



Politische Aktivitäten

Mai 2017: Interpellation der Grüne/EVP-Fraktion (Klaus Kirchmayr, Sara Fritz) im Kantonsparlament für Divestment.

Oktober 2017: Die Exekutive informiert in ihrer Antwort, die BLPK teile die Ansicht, dass Investitionen in CO₂-intensive Unternehmen mittel- bis längerfristig ein potenzielles Risiko darstellen können, aber die Notwendigkeit von Sofortmassnahmen steht aber momentan nicht zur Diskussion.

Februar 2019: Interfraktionelles Postulat Erika Eichenberger, Grüne "Für mehr Transparenz und einen schrittweisen Ausstieg der Pensionskasse Baselland aus der Investition in fossile Energien". Der Vorstoss betont, dass die gesetzlich vorgegebene, langfristige Sichtweise der Pensionskassen zur Sicherung der zukünftigen Renten erfordert, dass kommende Wertverluste der

fossilen Anlagen rechtzeitig erkannt und durch Umschichtungen vermieden werden, und dass es zur treuhänderischen Pflicht einer Pensionskasse gehört, auch diese Erkenntnis systematisch in den Anlageprozess zu integrieren.

Februar 2019: Die Eingabe (Petition) der JUSO BL betr. Klimanotstand verlangt u.a. Divestment fossiler Energieträger von der Pensionskasse.

April 2019: die Regierung beantragt Entgegennahme und Abschreibung des Postulats Eichenberger. Sie beschränkt sich darauf, auf die laufenden Entwicklungen der BLPK (siehe oben) zu verweisen und das Anliegen als erfüllt zu bezeichnen.

Mai 2019: Die Petitionskommission behandelt die Eingabe der JUSO BL nach Einholung der Stellungnahme der Exekutive und Anhörung der Petenten. Die Regierung informiert in Bezug auf die BLPK, diese beschäftige sich momentan intensiv mit den ESG-Kriterien und erarbeite hierzu ein Leitbild. Darüber werde die Bevölkerung in nächster Zeit informiert. Die Kommission empfiehlt dem Parlament die Überweisung der Eingabe als Postulat.

Juni 2019: Das Parlament lehnt mit bürgerlicher Mehrheit die Überweisung der JUSO-Petition als Postulat ab.

August 2019: Das Parlament beschliesst mit knapper bürgerlicher Mehrheit, sich mit den bescheidenen Fortschritten der BLPK zufriedenzugeben und das Postulat als erledigt abzuschreiben.



Dialog zwischen Versicherten und Kasse

Kontaktgruppe BLPK DIVEST

September 2017: die Kontaktgruppe BLPK DIVEST sendet im Namen der BLPK-Teilnehmenden bei renten-ohne-risiko.ch ein Schreiben an den Stiftungsrat. Dieses kritisiert die fehlende Einbindung von Nachhaltigkeitskriterien (Environmental, Social, Governance ESG) in die Anlagepolitik. Weiterhin umfasst es Fragestellungen zu Messung und Berichterstattung der Klimaverträglichkeit, zur Strategie im Umgang mit

Klimarisiken, zu den Ausschlusskriterien, zur Stimmrechtsausübung und zur Einbindung der Destinatäre. Die Eingabe von BLPK DIVEST besteht zudem auf einer klaren und transparenten Ausstiegsstrategie aus Anlagen in fossile Unternehmen.

Im Antwortschreiben an die Kontaktgruppe BLPK DIVEST sieht sich die Kasse veranlasst, zu betonen, dass sie allein über die Anlagen zu entscheiden hätte und teilt mit, „für einen Dialog mit der ad-hoc-Gruppe BLPK DIVEST bestehe derzeit kein Bedarf“.

Dezember 2017: Nach Erhalt des Antwortschreibens der BLPK, das den Dialog als unnötig befindet, erinnert BLPK DIVEST in einem Positionspapier die Kasse an ihre treuhänderische Sorgfaltspflicht gegenüber den Versicherten. Gemäss dem Pensionskassen-Verband ASIP haben „alle Versicherten Anspruch darauf, dass die Führungsorgane ihre treuhänderische Verantwortung wahrnehmen. Besonders wichtig ist darum das Verhältnis zwischen Versicherten und Führungsorganen. Entscheidend für Auf- und Ausbau des Vertrauens der Versicherten in ihre Vorsorgeeinrichtungen ist die Kommunikation und Information“. BLPK DIVEST hält fest, dass das BAFU auf einen Bericht von PRI, Global Compact und UNEP-FI verweist, der festhält, dass der Einbezug von Langzeitrisiken wie dem Klimawandel zu den treuhänderischen Pflichten von Investoren gehört. Würden diese nicht beachtet, könnten bei Schäden durch den Klimawandel Forderungen an Investoren gestellt werden (Haftungsrisiken).

Dezember 2017: Die BLPK nimmt in ihrer erneuten Antwort nicht inhaltlich zu den Positionen von BLPK DIVEST Stellung und sieht „bis auf Weiteres“ keinen Bedarf zum Dialog. Immerhin sagt sie jetzt aus, sie sei „sich bewusst, dass ... auch ethische Bedürfnisse zu berücksichtigen“ seien. Sie verweist auch darauf, dass sie an einer allgemeinen Überprüfung der Anlagestrategie in Bezug auf das Nachhaltigkeitsthema sei und dass die Erkenntnisse daraus den Versicherten kommuniziert werden sollen.